

Wie Nachbarländer mit der Taliban-Übernahme Afghanistans umgehen

Autor(en): **Marty, Franz J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 10

PDF erstellt am: **04.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-976289>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wie Nachbarländer mit der Taliban-Übernahme Afghanistans umgehen

Am 15. August marschierten die Taliban in einer Kulmination ihres Feldzuges durch Afghanistan in der Hauptstadt Kabul ein. Dass die Taliban nun die de facto Machthaber in Afghanistan sind, stellt Nachbarstaaten vor neue Realitäten.

Franz J. Marty

Diesbezüglich versuchen die Taliban Bedenken, dass ihre Machtübernahme negative Auswirkungen auf andere Länder haben könnte, zu zerstreuen. Seit Langem beteuern sie, dass sie lediglich Afghanistan von «ausländischen Besatzern» befreien und ein «islamisches System» im Land errichten wollen, andere Länder jedoch nichts zu befürchten hätten. Die Zusicherung, dass die Taliban niemandem erlauben würden, von Afghanistan aus andere Staaten zu bedrohen, wurde nach der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den Taliban und den Vereinigten Staaten von Amerika am 29. Februar 2020, die diese Garantie explizit enthält, gar noch mehr zum Mantra.

Seit der Machtübernahme hat sich das nicht geändert. Am 28. August hielt das hochrangige Taliban-Mitglied Sher Mohammad Abbas Stanikzai eine im afghanischen Fernsehen ausgestrahlte Rede, wobei er unter anderem die bisherige Taliban-Position gegenüber mehrern Ländern bestätigte. Diese Länder waren Afghanistans Nachbarn China, Tadschikistan, Usbekistan, Turkmenistan, Iran, und Pakistan sowie zusätzlich Russland und Indien. Der Grundtenor war, dass die Taliban freundschaftliche Beziehungen zu allen Ländern, besonders den genannten, pflegen wollen, wobei Stanikzai zu jedem Land einige spezifische Punkte unterstrich. Was die jeweiligen Staaten von solchen Ouvertüren halten, sieht unterschiedlich aus.

China

China wurde von Stanikzai nicht nur zuerst genannt, sondern auch als ein «grosser und starker Nachbar» gelobt. Stanikzai dankte China weiter für seine «positive Politik gegenüber Afghanistan» und für dessen «humanitäre sowie finanzielle Hilfe» und dass die Taliban hoffen, die «gute Beziehung» weiterzuführen. Taliban-Sprecher Zabihullah Mudschahid bezeichnet China in einem Anfang September publizierten Interview mit La Repubblica gar als deren Haupt-Partner».

China hat sich gegenüber den Taliban in der Tat offen gezeigt. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die Beziehung einfach wäre. Oft wiederholte Berichte, wonach China sich in Zukunft in Afghanistan vermehrt involvieren würde, insbesondere wirtschaftlich, sind mehr als fragwürdig. Aus diversen Gründen nie implementierte chinesische Wirtschaftsprojekte in Afghanistan, allen voran der geplante Abbau eines im Jahre 2008 einem chinesischen Konglomerat zugeschlagenen, unweit von Kabul gelegenen gewaltigen Kupfervorkommens, haben mehr Probleme als Möglichkeiten aufgezeigt, weshalb China in Afghanistan noch zaghafter als zuvor geworden ist. Dass sich dies demnächst ändern könnte, scheint ebenfalls zweifelhaft. «Nur wenn Afghanistan seine Probleme löst, kann die zukünftige Kooperation zwischen China und Afghanistan reibungslos verlaufen», sagte eine gutplatzierte chinesische Quelle von SIGA (Swiss Institute for Global Affairs) nach der Taliban-Übernahme von Kabul – und diese Bedingung wird aufgrund der derzeitigen Lage in Afghanistan, in der der selbsternannte Islamische Staat weiterhin Anschläge verübt und im Panjschir Tal ein bewaffneter Widerstand gegen die Taliban ausgerufen worden ist, wohl kaum schnell erfüllt werden.

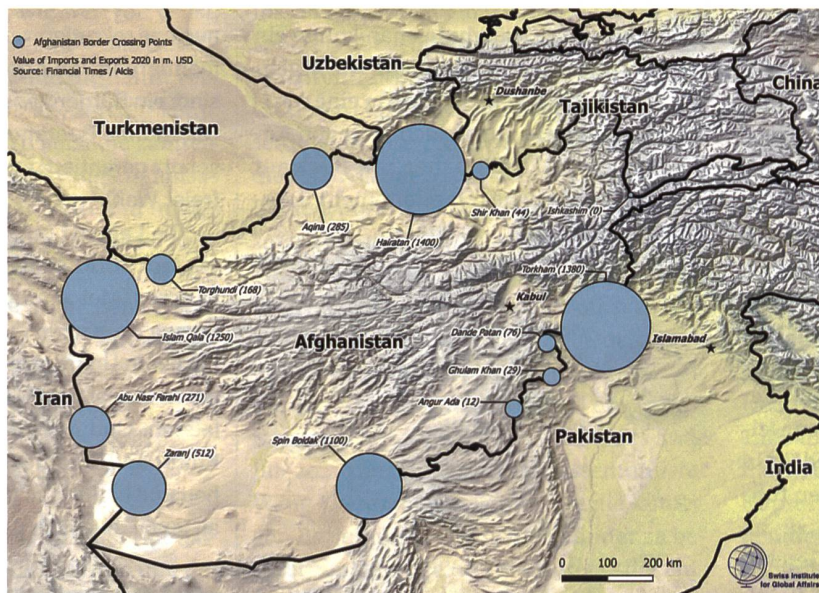
Chinas Hauptinteresse scheint vielmehr zu sein, dass aus Afghanistan keine Terror-



▲ Mawlawi Hibatullah Akhundzada, Anführer der Taliban. Bild: Wikipedia

► Afghanische Grenzübergänge nach ihrer wirtschaftlichen Bedeutung.

Karte: SIGA Map Service



▼ Emomali Rahmonov, Präsident von Tadschikistan. Bild: Wikimedia Commons



gefahr für China ausgehen wird. Die Chinesen sind dabei namentlich über sich in Afghanistan aufhaltende, aus West-China stammende uighurische Islamisten besorgt. Inwiefern diese eine signifikante Gefahr für China darstellen, ist streitbar. Dies tut chinesischen Bedenken aber keinen Abbruch. «Die Taliban müssen sich klar von jeglichen terroristischen Gruppen abgrenzen», gab dieselbe chinesische Quelle an. Da die Taliban trotz eindeutiger Beweise nicht einmal zugeben, dass sich uighurische Extremisten in Afghanistan aufhalten, wird dies wohl bald zum Streitpunkt zwischen China und den Taliban werden. Dies wird aber kaum so prekär werden, dass China direkt in Afghanistan eingreifen wird. Als solches ist es am wahrscheinlichsten, dass China weiterhin Kanäle mit den Taliban offenhalten, diese Beziehung aber nicht so rosig sein wird, wie öffentlich dargestellt.

Usbekistan

Während über Chinas Interessen in Afghanistan viel berichtet wird, ist betreffend der Position, der an Afghanistan angrenzenden zentralasiatischen Republiken das Gegenteil der Fall. Oftmals wird suggeriert, dass diese Länder einfach der Position Russlands folgen würden. Dass dies eine verkürzte Ansicht ist, zeigt sich nun erneut an den unterschiedlichen Reaktionen dieser zentralasiatischen Republiken auf die Taliban-Übernahme.

Über Usbekistan und Turkmenistan sprechend, unterstrich der Taliban-Vertreter Stanikzai wirtschaftliche Projekte und dass solche weiterhin implementiert werden sollen und die Taliban dafür Sicherheit garantieren. Namentlich wurde dabei die TAPI-Pipeline genannte, die Gas aus Turkmenistan durch Afghanistan nach Pakistan und Indien bringen soll.

Usbekistan scheint diesbezüglich pragmatisch zu sein. «Alle [afghanisch-usbekischen] Handels- und Wirtschaftsabkommen bleiben in Kraft. Zum Beispiel versorgt Usbekistan Afghanistan weiterhin mit Strom», erklärte Abdusamat Khaydarov, ein ehemaliger hochrangiger usbekischer Diplomat gegenüber SIGA. «Usbekistan sieht die Taliban als integralen Teil der Gesellschaft Afghanistans und der usbekische Präsident erklärte, dass er mit jedem in Dialog treten würde, wenn dies Frieden für das usbekische Volk sicherstellen könne», fügte Khaydarov an. Dies wurde am 8. September bestätigt, als das usbekische Aussenministerium die von

den Taliban angekündigte, ausschliesslich aus Taliban bestehende afghanische Interimsregierung willkommen hiess und angab, dass Usbekistan mit den «neuen staatlichen Institutionen Afghanistans» einen «konstruktiven Dialog und praktische Kooperation suchen wolle. Usbekistan erhofft sich auch eine Stabilisierung der Lage in Afghanistan, die es dann erlauben würde, andere Probleme wie Terrorismus und Drogenhandel anzupacken, schloss Khaydarov.

Turkmenistan

Aus dem notorisch abgeschotteten Turkmenistan sind Reaktionen knapp, wenn überhaupt existent. Taliban-Delegationen hatten Turkmenistan im Februar und Juli 2021 besucht. Was genau besprochen wurde, wurde nie öffentlich kommuniziert. Anfang September 2021 nahm Turkmenistan auch an Videokonferenzen, die die übrigen Nachbarn Afghanistans einschlossen, teil. Die öffentlich bekannt gegebenen turkmenische Positionen in diesen Konferenzen waren jedoch lediglich Plattitüden, die die Wichtigkeit von regionalen Formaten und geplanten Grossprojekten unterstrichen. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass Turkmenistan vorsichtiger agieren wird als Usbekistan. Die Tatsache, dass die TAPI-Pipeline seit Mitte der 1990er-Jahre geplant ist, aber dann trotz mal mehr, mal weniger regelmässigen Fortschrittmeldungen bisher aus diversen Gründen nie erstellt worden ist, ruft ebenfalls zur Vorsicht auf. Dass Turkmenistan anfangs Juli 2021, als die Situation in Afghanistan immer mehr aus dem Ruder lief, Panzer, Artillerie und anderes schweres Militärmaterial an die afghanische Grenze verlegte, war sodann ein weiteres Zeichen dafür, dass Turkmenistan wahrscheinlich zurückhaltend bleiben wird.

Tadschikistan

Der Standpunkt von Tadschikistan unterscheidet sich sodann klar von der pragmatischen usbekischen Weiterführung von Kooperation. Über Tadschikistan sprechend, unterstrich Stanikzai, dass Afghanistan erwarte, dass sich andere Länder nicht in die Angelegenheiten Afghanistans einmischen sollen und Afghanistan dies umgekehrt auch nicht machen werde. Dies schien eine direkte Reaktion auf nur wenige Tage zuvor gemachte Bemerkungen des tadschikischen Präsidenten Emomali Rahmon zu sein, in denen er sich dezidiert gegen ein neues Ta-

liban-Emirat stellte. Dies war die klarste Kritik an der Taliban-Übernahme durch einen hochrangigen Regierungsvertreter weltweit, zumal Rahmon in seinen Bemerkungen die Taliban implizit Gräueltaten zu bezichtigen schien.

Berichte, wonach diese Taliban-kritische Haltung bereits so weit gegangen sein soll, dass Tadschikistan den Widerstand gegen die Taliban in der von ethnischen Tadschiken bewohnten afghanischen Provinz Panjshir mit Munition versorgt habe, wurden von mehreren Quellen, inklusive einem gut positionierten tadschikischen Beobachter, bestritten. «Die Taliban-kritischen Bemerkungen sind jedoch die neue Afghanistan-Politik von Tadschikistan», bestätigte besagter Beobachter gegenüber SIGA, wobei er insbesondere auf die von Afghanistan ausgehende Terrorgefahr hinwies, wo sich gemäss SIGA vorliegenden verlässlichen Informationen zumindest eine Handvoll aus Tadschikistan stammender Extremisten aufhalten. Über die Frage, ob dies irgendwann zu einer direkten Unterstützung des Anti-Taliban Widerstandes in Panjshir führen könnte, hielt sich der Beobachter bedeckt. Aufgrund des Ausgeführten, liegt dies jedoch im Bereich des Möglichen.

Die Frage nach den Beziehungen zwischen den Taliban und der verbleibenden Nachbarländern Iran beziehungsweise Pakistan und wie sich diese durch die Taliban-Übernahme verändert haben, ist sodann äusserst komplex und deren Behandlung würde den Rahmen dieses Artikels sprengen.

Generell kann gesagt werden, dass die Taliban-Eroberung von Afghanistan, Nachbarstaaten zu einer Rekalibrierung ihrer Afghanistan-Position zwingt und diese je nach Land und Umständen zwischen realpolitischer Offenheit und kritischer Ablehnung liegt, jedoch nicht so salopp ist, wie in vielen Berichten suggeriert. ■

Franz J. Marty lebt und arbeitet seit Dezember 2014 als freier Journalist in Afghanistan und hat zuvor intensiv Zentralasien bereist. Er ist Mitglied des Swiss Institutes for Global Affairs (SIGA), www.globalaffairs.ch



Fachof (Hptm) Franz J. Marty

lic. iur.

Freier Journalist & Fellow des
Swiss Institutes for Global Affairs
8824 Schönenberg